

Abhängigkeit vom Öl kann Armut verschärfen

Forscher untersuchen Entwicklungschancen von Ländern, die bisher auf Rohstoffausbeutung setzen

VON PETER DILLING

Kassel – Viele Länder, vor allem des globalen Südens, setzen seit Langem auf die Ausbeutung ihrer natürlichen Rohstoffe, um ihre Staatshaushalte zu finanzieren. Doch das hat in der Vergangenheit schon häufig zu Umweltproblemen, sozialer Ungleichheit und Armut geführt. Ein trauriges Beispiel ist Venezuela. Der lateinamerikanische Staat setzte ganz auf den Erdölexport, wovon immer mehr eine Machtelite profitierte. Seit der Preis für Erdöl abgestürzt ist, versinkt das Land in Chaos, Gewalt und Elend.

Die Corona-Pandemie verschärft die sozialen Verwerfungen in Staaten, die vom so genannten Rohstoff-Extraktivismus leben – also überwiegend vom Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Und der Umbau hin zur Klimaneutralität kann beispielsweise durch die beschleunigte Ausbeutung von Lithium, das für die Batterien von Elektroautos benötigt wird, zu weiteren sozialen und Umweltproblemen führen.

Wie können solche, bisher von der Rohstoffausbeutung und dem Bergbau abhängige Staaten künftig bessere Entwicklungsmöglichkeiten nutzen, den Wohlstand gleich-



Umwelt und Menschen leiden: Das Bild zeigt Fischer auf dem verschmutzten Maracaibo-See in Venezuela. Unter dem See befinden sich große Lagerstätten, aus denen Öl und Gas gefördert wird.

FOTO: RAYNER PENACRA

Zwei Millionen Euro Förderung vom Bund

Das Verbundprojekt „Rohstoffextraktivismus in Lateinamerika und dem Maghreb“ wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit zwei Millionen Euro gefördert und ist in der ersten Phase auf drei Jahre angelegt. Rund eine Million Euro fließen an die Universität Kassel – überwiegend für zusätzliches wissenschaftliches Personal.

mäßiger auf ihre Bevölkerung verteilen und eine stabilere Gesellschaft aufbauen,

die ihre Probleme ohne Gewalt und Chaos bewältigen kann? Mit dieser Frage be-

Dr. Hannes Warnecke-Berger von der Uni Kassel koordiniert das Forschungsvorhaben. Im Rahmen des Projekts werden Gastwissenschaftler nach Kassel eingeladen. Außerdem sind Ringvorlesungen gemeinsam mit der Uni Marburg geplant. Auch in der Lehre soll das Thema behandelt werden. Ein internationales Stipendienprogramm ist geplant.

schäftigen sich in den nächsten Jahren Kasseler Forscher in einem Verbundprojekt,

ZUR PERSON



Hans-Jürgen Burchardt (58) ist Mitglied des Direktoriums und des Leitungsteams des Zentrums für lateinamerikanische Studien der Universität Kassel (CELA), dem einzigen lateinamerikanischen Forschungszentrum in Hessen. Zudem ist er Direktor des Maria Sibylla Merian Center für fortgeschrittene lateinamerikanische Studien (CALAS) mit Hauptsitz in Mexiko.

wollen zunächst verstehen, wie diese Länder ticken“, sagt der Politikwissenschaftler Dr. Hans-Jürgen Burchardt, Professor für internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel. Er leitet mit Prof. Dr. Rachid Quaissa von der Uni Marburg das Projekt.

Ein Ziel sei, Politikern ein besseres Verständnis für die von westlichen Staaten abweichenden Entwicklungsmodelle und sozialen Rahmenbedingungen zu vermitteln, erklärt Burchardt. Beispielsweise habe die Arbeitskraft in lateinamerikanischen Staaten einen viel geringeren Wert als hierzulande.

Auch eine Reihe von Publikationen sei geplant. Daneben sollen auch die Entscheidungsträger in den untersuchten Staaten profitieren, sowie die Demokratie und die Mitsprache der Bevölkerung bei der Verteilung der Ressourcen gefördert werden. Politischer Wille zur Veränderung sei in den betroffenen Ländern in der Vergangenheit schon vorhanden gewesen. „Aber alle Bestrebungen von Regierungen, sich aus der Rohstoffabhängigkeit zu lösen, sind bisher fehlgeschlagen“, sagt der Kasseler Lateinamerika-Experte.

FOTO: PAUL MAGURARI